

Landesverbandstag der Fleischhauer- und Fleischselcher-Genossenschaften Niederösterreichs.

In Genossenschaftshaus der Mödlinger Fleischhauer- und Fleischselcher-Genossenschaft wurde gestern der zweite Verbandstag des Landesverbandes der Fleischhauer- und Fleischselcher-Genossenschaften Niederösterreichs abgehalten, welchem in Vertretung des Handelsministers Genossenschaftsinspektor Eduard Ritter von Raczynski, der Bürgermeister von Mödling Abgeordneter Tamussino, als Vertreter der Handels- und Gewerbekammer Handelskammerrat Weissenberger, Verbandskommissär Dr. Karl Fenzl, Redakteur Kraus als Delegierter des tschechischen Verbandes in Prag und zahlreiche Delegierte aus Niederösterreich beiwohnten.

Der Vorsteher der Mödlinger Genossenschaft Fuchs begrüßte die Teilnehmer im Genossenschaftshaus und dankte in kurzen Worten für die Abhaltung des Verbandstages in Mödling. Hierauf konstatierte der Präsident des Landesverbandes Vorsteher Heinrich Schedl (Wien) die Beschlußfähigkeit und eröffnete die Tagung. Er hielt dem verstorbenen Vorsteher der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft Franz Schneider einen Nachruf, der von den Versammlungs-Teilnehmern stehend angehört wurde und in welchem der Redner versicherte, der n.-ö. Landesverband werde seinen ersten Vorsteher ein ehrendes Andenken bewahren.

Vor Eingang in die Tagesordnung beschloß sodann die Versammlung an Seine Majestät den Kaiser nachstehendes Huldigungstelegramm zu richten: Die heute in Mödling tagende 2. Verbandversammlung des Verbandes der Fleischhauer- und Fleischselcher-Genossenschaften in Niederösterreich gestattet sich Seiner Majestät die alleruntertänigste Huldigung des n.-ö. Fleischhauer- und Fleischselchergewerbes als dem Schirmer des Gewerbestandes zu Füßen zu legen zu dürfen und fleht zu Gott dem Allmächtigen, daß er unseren vielgeliebten Monarchen noch recht lange zum Wohle des Vaterlandes und der ganzen Bevölkerung erhalten und beschützen möge.

Handelskammerrat Weissenberger versicherte die Delegierten in einer kurzen Begrüßungsansprache namens der Handels- und Gewerbekammer, daß die Kammer nach wie vor die Bestrebungen des Fleischhauergewerbes unterstützen werde (Beifall).

Der Vertreter des Handelsministeriums Genossenschaftsinspektor Ritter von Raczynski erklärte, das Handelsministerium folge mit größtem Interesse den Beratungen, und gab dem Wunsche Ausdruck, daß dieselben vom besten Erfolge gekrönt sein mögen.

Dr. Ferdinand Höder überbrachte vom Verbandstage der

reichsdeutschen Fleischhauergenossenschaften in Kassel die Grüße der deutschen Kollegen sowie die Grüße des mährischen Landesverbandstages.

Ueber Antrag des Delegierten Heidinger wurde von der Verlesung des Protokolls der letzten Verbandstagung abgesehen und dasselbe genehmigt, worauf Vorsteher Schedl den Tätigkeitsbericht erstattete. In demselben wies er darauf hin, daß die am ersten Verbandstage gefaßten Beschlüsse in einem Memorandum dem Ministerpräsidenten und den einzelnen Ressortministern überreicht wurden und daß auf Grund dieser Vorsprache bereits ein kleiner Fortschritt erzielt worden sei. Der Wiener Fleischhauergenossenschaft sei eine entsprechende Genossenschaft für den Zentralviehmarkt St. Marx in Aussicht gestellt und werde eine diesbezügliche Enquete einberufen werden, ^{bei der} die Verbandsvorsteher selbstverständlich mit aller Energie für die berechtigten Forderungen der Fleischhauer eintreten werde. Bei dieser Gelegenheit erwartete Redner auch die Schaffung eines Schiedsgerichtes, durch welches den kostspieligen Prozessen zwischen den Marktparteien ein Ende gemacht werden sollte. Der Referent erinnerte an die Enquete über die Vieh- und Fleischbeschau sowie an das Eingreifen des Verbandsausschusses betreffend den Zwischenhandel am Zentralviehmarkt und speziell am Kellnermarkt. Ueber Intervention des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, führte der Referent weiter aus, wurde die Errichtung einer Kontumaxanlage in St. Marx in Angriff genommen und wird mit dem Bau demnächst begonnen werden. Dadurch wird ein gerechter Wunsch der Fleischverarbeitenden Gewerbe erfüllt und die Einfuhr von Rindern aus seuchenverdächtigen Gegenden ermöglicht, was gewiß einen großen Einfluß auf die Viehpreise ausüben wird. Dem Einflusse des Bürgermeisters Exzellenz Dr. Weiskirchner ist auch das Entstehen der Handelspolitischen Kommission zu danken, welche die Revision der Handelsverträge vorbereitet hat und endlich dem Wunsche der gesamten Bevölkerung nach Verbilligung der Lebensmittel Geltung verschaffen soll. Bezüglich der Schlachtungen der Landwirte haben alle Fleischhauer die Verpflichtung, unbefugte Schlachtungen sofort bei der Behörde zur Anzeige zu bringen, denn nur dann kann es gelingen, hier einen Erfolg zu erzielen. Redner erwähnte zum Schlusse die Gründung des so lange erstrebten Reichsverbandes, dessen Präsidium in den letzten Tagen ~~mit~~ den einzelnen Ministern die Forderungen der Fleischverarbeitenden Gewerbe Oesterreichs überreichte. Der Referent appellierte zur Einigkeit und forderte die Delegierten auf zum Wohle des Gewerbes an dem Ausban des Landesverbandes tatkräftig mitzuarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Kassier Peter Seefried (Wien) legte die Jahresrechnung vor für 1912 und diese wurde sowie der Tätigkeitsbericht des

Verbandsvorstehers genehmigt worauf über Antrag des Delegierten Hueber (Mödling) der Verbandsleitung des Absolutarium erteilt wurde.

Verbandsvorsteher Schedl dankte dem Bürgermeister Abgeordneten Tamussino, der bei diesem Punkte der Tagesordnung eintrat, für sein Erscheinen und ~~erwiderte~~ Abgeordneter Tamussino erwiderte hierauf in einer kurzen Ansprache, es gereiche ihm zur Ehre, die Delegierten des Landesverbandes in den Mauern der Stadt Mödling begrüßen zu dürfen. Er gab die Versicherung, daß er stets bestrebt sein werde, die Wünsche des Fleischhauergewerbes zu fördern. (Beifall.)

Nach einem Referate des Delegierten Lankus (Mödling) wurde der Vorschlag für das laufende Jahr genehmigt und der Beschluß gefaßt, die Umlagen mit 1,50 K festzusetzen. Es folgte hierauf die Ergänzungswahl eines Mitgliedes in den Verbandsausschuß, wobei Delegierter Hiesberger vorschlug, Herrn Grubitsch zu wählen. (Angenommen.)

Verbandsvorsteher Fuchs (Mödling) beantragte dem Reichsverbande der Genossenschaftsverbände der fleischverarbeitenden Gewerbe Oesterreichs beizutreten und wurde der Beitritt des Landesverbandes Niederösterreichs einstimmig beschlossen. Nach der Wahl der Delegierten für die Reichsverbanderversammlung erstattete Verbandsvorsteher Heinrich Schedl ein Referat über die Situation im Fleischhauergewerbe und führte aus:

Das abgelaufene Jahr war für unser Gewerbe ein sehr trauriges, denn wir mußten für das Schlachtvieh enorme Preise bezahlen. Die Kaufkraft des konsumierenden Publikums ist erschöpft und wir konnten daher die Fleischpreise nicht dem Ankaufpreise entsprechend erhöhen. Wir müssen uns daher den Vorwurf machen, schlechte Kaufleute zu sein, da wir lange Zeit hindurch billiger verkauften, als die Erziehungskosten des Fleisches sich stellten. Es ist daher höchst an der Zeit, daß auch wir, sowie andere Kaufleute, bei Erhöhung der Einkaufspreise mit den Verkaufspreisen gleichen Schritt halten, dann ist uns auch selbstverständlich die Möglichkeit geboten, bei Rückgang der Viehpreise die Fleischpreise zu reduzieren. Unser Hauptaugenmerk ist jetzt auf die eventuelle Revision der Handelsverträge und auf den Neuabschluß derselben im Jahre 1917 zu richten. Hier müssen wir mit aller Kraft und Energie in Verbindung mit Industrie, Handel und Gewerbe sowie den Konsumenten alles daransetzen, auf daß bessere Handelsverträge, speziell mit den Balkanstaaten, abgeschlossen werden, und da geht unser Ruf dahin: Einfuhr von Lebendvieh. In diesem Punkte haben wir mit Unterstützung der Tagespresse heute schon alle Faktoren dafür interessiert, denn nur durch ein allgemeines Zusammengehen ist die Möglichkeit

geboten, den Widerstand der Agrarier zu brechen, um es endlich dahin zu bringen, daß Handel, Gewerbe und Industrie in Oesterreich wieder blühen und sich kräftigen. Der erste Handelsvertrag mit Serbien, bei welchem noch Lebendvieheinfuhr gestattet war, brachte uns eine Einfuhr von 50.000 bis 70.000 Stück Schlachtvieh und 120.000 bis 130.000 Stück Schweine. Im Jahre 1906 wurde die Grenzsperr für Lebendvieh verfügt und bis 1908 Fleisch, welches einem Kontingente von 35.000 Stück Rindern und 70.000 Stück Schweinen entspricht, eingeführt. Im letzten Handelsvertrage im Jahre 1911 wurde nur mehr ein Kontingent von 15.000 Stück Schweinen im geschlachteten Zustande zugestanden. Nachdem dies in keiner Weise den nötigen Bedarf entspricht, wäre es angezeigt, in den neuen Handelsverträgen die Kontingentierung wegzulassen und so wie früher den rumänischen, bulgarischen und serbischen Mästern die Einfuhr nicht zu beschränken und sie wieder auf alle offenen Märkte zuzulassen. Außerdem wäre dergewärtige Zollsatz für Vieh und Fleisch um mindestens die Hälfte herabzusetzen. Der Export unserer Monarchien Schlachtvieh repräsentierte im Jahre 1912 einen Wert von rund 40 Millionen Krönen und es wäre angezeigt, wenn in den zukünftigen Verträgen auch der österreichischen Regierung das Recht eingeräumt würde, in Zeiten der Vieh- und Fleischnot die Ausfuhr von Lebendvieh zu sistieren. Die hermetische Grenzsperr gegen die Lebendvieheinfuhr wegen Seuchengefahr wird durch die Errichtung einer Kontumaxanlage am Zentral-Viehmarkt St. Marx gegenstandslos. Aber auch die Grenzschlachthäuser sollen jedermann zugänglich gemacht werden und muß mit der Monopolstellung einzelner Gesellschaften zur Benützung derselben gebrochen werden. Noch ein wichtiger Umstand ist bei der Einfuhr von Lebendvieh nicht zu vergessen, das ist die Verwertung der Nebenprodukte im Inlande. Durch die Verwertung derselben kommen sie der heimischen Industrie zugute und nicht in letzter Linie der heimischen Arbeiterschaft. Infolge der hohen Häutepreise haben es die Lederer und Gerber für gut befunden haben, ein sogenanntes Schlenkerkartell zu schaffen und es ist zu befürchten, daß sie dasselbe auch auf den Einkauf von Häuten ausdehnen. Daher ist es notwendig, um ein Gegengewicht zu schaffen, daß sich alle größeren Wirtschaftsgenossenschaften in Oesterreich, die sich mit diesen Produkte befassen, vereinigen. Eine solche Vereinbarung hätte sich nur auf den Verkauf der Häute zu erstrecken und die Freizügigkeit der Fleischhauer darf in keiner Weise behindert werden. Kaum ist die Idee einer eventuellen Revision der Handelsverträge aufgetaucht, rührten sich auch schon die Agrarier und protestieren gegen bessere Handelsverträge. In diesen Proteste stehen sie ausschließlich auf dem Standpunkte: Keine Einfuhr von Lebendvieh, kein Durchbrechen der bestehenden

kollektive, keine Übertragung des einen Staates zugestandenem Fleischkontingentes auf andere Staaten und rechnen bei dem Kampfe auf die tatkräftige Unterstützung der ungarischen Agrarier. Aus diesem Grunde müssen auch wir uns immer die Organisation der Agrarier vor Augen halten; und es kann nicht oft genug gesagt werden: Schaut Euch um die Fahne der Genossenschaft, des Landes- und Reichsverbandes! Nur durch gemeinsames Zusammenwirken und Ausschaltung jedes Zwistes und jedes Personenkultus kann es gelingen, unsere angestrebten Ziele zu erreichen. Es ist Pflicht eines jeden einzelnen, agitatorisch zu wirken, um endlich unseren Gegnern standhalten zu können, denn nur durch eine feste Organisation kann unser Gewerbe wieder blühen und gedeihen!

Anschließend an das Referat gab er einen Überblick über die Leistungen des Landesverbandes und Reichsverbandes im abgelaufenen Jahr und erklärte, die Fleischhauer seien stolz darauf, daß es Bürgermeister Dr. Weiskirchner durchgesetzt habe, daß vom Staate eine Million Kronen zum Baue eines Schlachthauses beigetragen wurde. (Bravorufe.) Ebenso freudig müsse er begrüßen, daß es gelungen sei, die Einfuhr von italienischen Rindern trotz der Gegenagitation der Agrarier mit Hohenblum an der Spitze beim Ackerbauministerium zu erreichen und er versicherte, daß die Verbandsleitung sich weiterhin in dieser Beziehung die Interessen des Fleischhauergewerbes wahren werden.

Über die Situation im Fleischselchergewerbe berichtete Verbandsvorsteher-Stellvertreter Rudolf Vierhögl. In allererster Linie, bemerkte er, ist die Lage unseres Gewerbes durch die Marktbeschränkung und Konsumverhältnisse beeinflusst. Im Gegensatz zum Fleischhauergewerbe ist die Beschäftigung der Schweinemärkte eine ziemlich rege - sie hat im Vorjahre die Ziffer von beinahe einer Million erreicht. Vorwiegend ist hier die österreichische Produktion beteiligt, doch haben sich schon im Vorjahre und auch heuer die ungarischen Zufuhren gebessert. In letzter Zeit haben wir infolge des Futtermangels sehr viele unreife galizische Schweine am Markte, was eigentlich eine Schädigung der Volkswirtschaft ist. Trotz der anscheinend für die Fleischversorgung günstigen Lage des Schweinemarktes ist die Entwicklung der Preiskonstellation vom Standpunkte des Gewerbes und der Konsumenten eine ungünstige. Der Wiener Zentralviehmarkt ist nach und nach zum Zentralmarkte ganz Oesterreichs geworden, und an manchen Markttagen erscheinen die unwürdigen Käufer so zahlreich, daß eine gewisse Benutzungslosigkeit in der Entwicklung des Marktpräges eintritt, da sich diese Käufer meist um die Tendenz des Marktes nicht kümmern und nur drachten, ihren Bedarf zu decken. Durch den schon von Kollegen Schedl erwähnten Mangel an Mastvieh sind die Preise

des Rindfleisches gestiegen und daher das Schweinefleisch ein bedeutender und begehrter Konsumartikel geworden, so daß dieser Umstand an dem Hinaufschwelle der Preise für lebende Schweine schuldtragend war, im großen und ganzen können wir daher keine Besserung der Lage unseres Gewerbes versprechen, denn auch die politischen und Geldverhältnisse ~~wakxxxxxx~~ wurden sehr störend empfunden, und werden noch langwehren Widerhall haben. Um eine gründliche Gesundung unseres Wirtschaftslebens herbeizuführen, müssen wir bedacht sein, die Folgen der exklusiven Hochschutzzollpolitik des großagrarisches Uebermutes durch ebenso rücksichtslose Vertretung unserer Zoll- und handelspolitischen Forderungen wettzumachen. Unser Verehrter Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der als Handelsminister bei Gründung der wirtschaftlichen Zentrale für Gewerbe, Handel und Industrie cocusagen Parteigänger ist, hatte während seiner Amtsperiode Gelegenheit, die Wünsche und Beschwerden der Industrie und des Gewerbes kennen zu lernen, und er war es, der die enorme Bedeutung einer Reallieferung dieser Stände zur handelspolitischen Vorarbeit für die künftige Vertragsperiode erkannte. Im Vereine mit dem Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer schuf er die handelspolitische Kommission, in der auch die Konsumenten vertreten sind. Zum Schlusse forderte ~~Wierhögl~~ der Redner die Verbandsmitglieder zur Einigkeit auf, damit das Ziel, welches sich die Fleischhauer gesteckt haben, erreicht werde: Die Einfuhr von Lebenvieh aus den Balkanstaaten.

Herr Hemmer (Wien) bat die Vorstehung dahin zu wirken, dem ~~dem~~ Zwischenhandel auf dem Schweine- und Kalbmarkte ein Ziel zu setzen und zu veranlassen, daß Kälber und Schweine daselbst nur zur Anschrotung nicht aber zum Verkaufe kommen dürfen.

Herr Hütter (Wien) sprach ebenfalls zum Zwischenhandel und bemerkte, derselbe habe in früherer Zeit in noch viel erhöhterem Maße bestanden. Das Vieh sei durch drei bis vier Hände gegangen, bevor es zum Fleischhauer kam, jeder Zwischenhändler habe seinen Verdienst gehabt, nur der Fleischhauer habe nicht verdient. Direkt ~~wakxxxx~~ hätten die erhöhten Preise die Fleischhauer zahlen müssen, indirekt aber würden dadurch die Konsumenten getroffen. Wenn die Fleischhauer gegen den Zwischenhandelauftritt, so handeln sie damit gewiß auch im Interesse der Konsumentenschaft.

Herr Farrer (Wien) verwies darauf, daß es auf den Märkten vorkomme, daß Wiegemeister Geld nehmen von Fleischhauern, die ein höheres Gewicht herauschlagen wollen.

Vorsteher Schedl erwiderte darauf, daß in solchen Fällen beide Teile strafbar seien und daß eine diesbezügliche Verordnung bestehe.

In der weiteren Debatte beteiligten sich noch Handelskammerrat Weissenberger, Herr Korinisch und Herr Mayer, welcher beantragte, es möge der Verband der Fleischhauer und Fleischselcher in Niederösterreich die Durchführung einer Reform der Großmarkthalle anstreben und zwar auf Trennung des En gros von Detailmarktes. Weiters solle der Verband eine Regelung der Zeiteinteilung der Marktstunden sowie eine Abhilfe gegen den ungeheuerlichen Zwischenhandel am Stechviehmarkte und in der Großmarkthalle verlangen.

Es wurde hierauf über Vorschlag des Referenten Vierhögl folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute tagende zweite Verbandsversammlung des Verbandes der Fleischhauer- und Fleischselcher-Genossenschaften in Niederösterreich fordert bei der notwendigen Revision der Handelsverträge mit den Balkanstaaten die Gestattung der unbedingten Einfuhr von Lebenvieh, ohnehin für ein Kontingent festzusetzen, da durch die Errichtung einer Kontingentanstalt in Wien jede Gefährdung des einheimischen Viehstandes ausgeschlossen ist. Weiters fordert sie die Herabsetzung der Einfuhrzölle auf mindestens die Hälfte des bisherigen Ausmaßes und die vollständige Aufhebung aller den Vieh- und Fleischverkehr beschränkenden Maßnahmen. Weiters werden in Bezug auf die Zustände in der Wiener Großmarkthalle die wiederholten Forderungen nach Schaffung eines Engros- und Detailmarktes, Regelung der Zeiteinteilung für den Engros- und Detailverkauf und Abhilfe gegen den ungeheuerlichen Zwischenhandel neuerdings mit der Bitte um endliche Entsprechung unterbreitet.

Delegierter Leitner referierte über die Notschlachtungen der Landwirte und erklärte, daß die Behörden in den seltensten Fällen bei unbefugten Schlachtungen mit der Bestrafung vorgehen. Unter Notschlachtungen seien solche Schlachtungen zu verstehen, welche wegen der Gefahr des Umstehens des Viehes sofort vorgenommen werden müssen, doch werden die Vorschriften über diese Schlachtungen am Lande meistens nicht beachtet. Die Steuern und sonstigen Abgaben sowie die Regie habe der Fleischhauer zu tragen, das Geschäft machen jedoch die Landwirte. In dem diesbezüglichen Erlasse des Handelsministeriums heiße es ausdrücklich, daß sich die Schlachtung und Anschrotung durch einen Landwirt in der Regel auf die Schlachtung von eigenen selbst gedöckerten oder gezogenen Vieh beschränke, was jedoch meist nie der Fall sei. Deshalb müsse gegen jene Landwirte, die unbefugt Schlachtungen vornehmen, wegen unbefugten Betriebes des Fleischhauergewerbes nach den Strafbestimmungen der Gewerbeordnung vorgegangen werden und es müsse deshalb auch gefordert werden, daß die bezügliche Verordnung des Handelsministeriums dahin ergänzt wird, wann eine gesetzlich gestattete Schlachtung durch Landwirte oder eine Verletzung der Gewerbe-

rechte der Fleischhauer und Selcher vorliegt. Die fleischverarbeitenden Gewerbe würden sich damit zufriedengeben, wenn jene Erläuterungen zur strengen Darneachtung herausgegeben würde, die der seinerzeitige Leiter des Handelsministeriums Dr. Mataja im Teuerungsausschusse des Abgeordnetenhauses vorgebracht und in welchen er sich gegen jede Erleichterung der Selbstanschrotung durch die Landwirte und gegen jede Schädigung des Fleischhauergewerbes ausgesprochen hat. (Beifall.)

In einem zweiten Referate über diesen Punkt besprach Delegierter Schedl die Befreiung der Notschlachtungen von der ^{steuer} Fleischsteuer und bezeichnete es als ein gewis billiges Verlangen, wenn die Fleischhauer die Forderung aufstellen, daß bei vorkommenden Notschlachtungen seitens des Finanzministeriums an die ihm unterstehenden Aemter der Auftrag gegeben wird, dem bestehenden Verzehrgesteuer-Abfindungsgesellschaften den auf Notschlachtungen der Landwirte entfallenden Verzehrungssteuerbetrag von der jeweiligen Pachtsumme in Abschreibung zu bringen. Es wäre ein Unrecht, wenn die Abfindungsgesellschaften den auf alle geschlachteten Tiere entfallenden Betrag bezahlen müßten, obwohl sie für Notschlachtungen auch nicht einen Heller erhalten. Es würde dadurch eine neue Last auf die Fleischhauer und Fleischselcher überwältigt werden und diese selbstverständlich wieder auf das Publikum, was eine neuerliche Verteuerung des Fleisches zur Folge hätte.

Die beiden Referate wurden mit lebhaften Beifalle aufgenommen und sodann einstimmig folgende Resolution beschlossen: Die heute in Mödling tagende zweite Verbandsversammlung des Verbandes der Fleischhauer- und ~~Wiazzi~~ Fleischselchergenossenschaften in Niederösterreich fordert eine Ergänzung des Erlasses des k.k. Handelsministeriums vom 31. Dezember 1908 dahingehend, daß klar und deutlich präzisiert wird, wann eine gesetzlich gestattete Notschlachtung oder eine Verletzung der Gewerberechte der Fleischhauer und Selcher vorliegt. Weiters stellt der Verband die Bitte, durch eine Nachtragsverordnung des k.k. Finanzministeriums an die unterstehenden Aemter den Auftrag zu geben, daß in solchen Orten, wo eine Notschlachtung erfolgt, die entsprechende Quote der Verzehrungssteuer der betreffenden Abfindungsgesellschaft von der Pachtsumme in Abschreibung gebracht wird. Der Reichsverband der fleischverarbeitenden Gewerbe Oesterreichs wird ersucht, in dieser Angelegenheit beim Finanzministerium vorstellig zu werden und außerdem alle gewerbefreundlichen Abgeordneten darüber zu informieren und zu bitten, daß sie diesen Wunsch beim Finanzministerium tatkräftig unterstützen und wenn nötig, auch im Reichsrate zur Sprache bringen, damit in dieser Frage ein Unrecht am Fleischhauergewerbe gutgemacht wird.

Gemeinderat Ferdinand Eder referierte über die Vergebung

von Fleischlieferungen für die ärarischen und sonstigen öffentlichen Ämter, wobei er ausführte: In der ohnehin trüben Lage des Fleischhewergewerbes kommt noch die Konkurrenz von befugten und auch unbefugten Unternehmungen, welche mit allen Mitteln arbeiten, um die Existenzfähigkeit des Fleischhewer- und Fleischselchergewerbes zu untergraben. Leider finden dieselben bei der Vergabe von Fleischlieferungen bei ärarischen und sonstigen Instituten die Unterstützung der Behörden, obwohl es deren Pflicht wäre, in erster Linie die Fleischhewer- und Fleischselcher, welche neben den hohen Steuern auch die Blutsteuer entrichten, bei gleichen Offerten zu berücksichtigen. Es kommt sehr oft vor, daß man billigere Offerte der Fleischhewer mit besserer Qualität nicht berücksichtigt und die Lieferung der I. Wiener Großschlachtereien A.G. zuschlägt. Dieser Vorgang wird nicht nur in Wien sondern auch in den Provinzstädten zum Schaden der Fleischhewer behandelt. Bei der Vergabe der Militärlieferungen wird von den Fleischhewern verlangt, nur inländisches Rindfleisch von selbstgeschlachteten Masttieren zu liefern, was bei den Lieferungen mit der Großschlachtereien sehr bezweifelt werden müßte. In Graz wurden in jüngster Zeit die seit Jahrzehnten den Grazer Fleischhewern klaglos ausgeführten Militärlieferungen abgenommen, und trotz der billigeren und besseren Offerte der Fleischhewer einem Viehgroßhändler übertragen. Wir protestieren ganz entschieden gegen jede ungerechte Protektion, sei es der Großschlachtereien oder eines anderen Unternehmens und fordern von den Behörden bei der Vergabe von Fleischlieferungen für ärarische und sonstige Institute bei gleichen Offerten in erster Linie berücksichtigt zu werden. (Lebhafter Beifall.)

Delegierter Kantner sagte, die Großschlachtereien verdienen nicht den Namen einer solchen, weil sie gewöhnlichen Zwischenhandel betreiben und trotzdem sie zum Wohle aller gegründet sei, Konkurrenz mache. Dagegen müsse entschieden Stellung genommen werden, denn mittelbar werde dadurch auch das Publikum geschädigt. Ueber Antrag des Gemeinderates Eder, gelangte hierauf folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die zweite Versammlung des Verbandes der Fleischhewer- und Fleischselchergenossenschaften in Niederösterreich fordert, daß bei Vergabe von Fleischlieferungen für die ärarischen und sonstigen Institute von den maßgebenden Behörden bei gleichen Offerten in erster Linie das hochbesteuernde Fleischhewer- und Fleischselchergewerbe berücksichtigt wird und protestiert ganz entschieden gegen jede Bevorzugung eines Großunternehmens. Die Versammlung protestiert weiters gegen die Bewilligung der Aktien-Großschlachtereien in Bezug auf die Verzehrungssteuer und fordert für die fleischverarbeitenden Betriebe die gleichen

Rechte auf Rückvergütung der Verzehrungssteuer genau so wie die Großschlachtereien-Aktiengesellschaft. Außerdem soll seitens der in den Kasernen untergebrachten Fleischbänke kein Fleisch an Privatkunden verkauft werden dürfen.

Hierauf wurde über die Erwählung eines Verbandsorganes beraten und wurde beschlossen, daß die Landesverbandsleitung mit den Herausgebern ~~der~~ bestehenden Fachblätter in Unterhandlungen bleiben solle. Als Ort der Abhaltung des nächsten Verbandstages wurde Klosterneuburg bestimmt. Beim Punkte eventuelles beantragte Genossenschaftsvorsteher Vierböck in Form einer Resolution, es möge den Fleischselchern wieder das alte Recht zuerkannt werden, daß sie in ihren Lokalen wie im Geschäfte zum Verkauf gelangenden Waren an Sitzgäste verabreichen dürfen. Nach Annahme dieser Entschliessung und den üblichen Dankesworten wurden die Beratungen sodann geschlossen.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Freitag, den 27. d.M. um halb 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen bis jetzt 10 Geschäftsstücke, darunter der Verwaltungsbericht der städtischen Gaswerke und jener der städtischen Straßenbahnen, die Errichtung eines städtischen Wirtschaftsamtens, der Bau eines großen Sammelkanals im 21. Bezirk ~~xxxxxxxx~~ mit 8,250.000 K., und mehrere minder wichtige Gegenstände. Der Stadtrat tritt Mittwoch, Donnerstag und Freitag vormittags zu Sitzungen zusammen.

In der gestrigen vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurde nach einem Berichte der StR. Kleiner dem Verein „Lehrerinnen-Damenchor“ im 1. Bezirk in Würdigung seines vielmehrjährigen ~~xxxxxxx~~ humanitären Wirkens die goldene Salvator-Medaille verliehen. Nach einem Berichte des StR. Raib wurde an den Ober-Offizial des Zentral- Wahl- und Steuer-Katasters Franz Josef Damm der Titel „Direktions-Adjunkt“ verliehen. Dem Komponisten Theodor Franz Schild wurde mit Rücksicht auf seine 30 jährige Tätigkeit als Komponist volkstümlicher Lieder das Bürgerrecht mit Rücksicht der Taxen zuerkannt. Nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Hierhammer wurde dem Rechnungsrevidenten Hans Hajek anlässlich der Versetzung in den ~~zeitlichen~~ ~~Wirkungsbereich~~ Ruhestand der Titel „Rechnungs-Oberrevident“ verliehen.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Braunfeld dem Ansuchen des Soldatens Anton Kock um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.

Zur Affaire Moisl - Schneider. Wir erhalten aus der Kanzlei des Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Berthold Kraus als Vertreter des Herrn Jurkovič folgende Zuschrift: „Wien, am 21. Juni 1915. Geehrte Redaktion! In der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 20. d.M. hat Herr Gemeinderat Moisl in der Debatte über die Grundankäufe der Kommune in Kagrana laut der von den Rättern gebrachten Sitzungsberichte mich und Herrn Stadtrat Hans Schneider mit dieser Grunderwerbungen der Kommune in einer Art in Verbindung gebracht, die geeignet erscheint, mich schwer zu schädigen. Ich besche mich daher, in Richtigstellung des Vorbringens des Herrn Gemeinderates Moisl zu erklären: Die Mitteilungen des Herrn Gemeinderates Moisl sind zur Gänze unrichtig. Ich habe niemals wegen Ankaufes der gegenständlichen Kagranaer Gründe weder mit Herrn Stadtrat Schneider noch auch mit seinem Sohne verhandelt. Ich stehe der Erwerbung der Kagranaer Realitäten durch die Kommune vollkommen fern. Ich habe niemals an diesen Geschäfte eine Provision bezogen und somit auch niemals an wie immer Namen habende Hintermänner abgegeben. Ich habe bis zum heutigen Tage auch sonst keinen wie immer gearteten Grundankauf der Kommune vermittelt noch ihr auch jemals Offerte gestellt. Mit Herrn Stadtrat Schneider habe ich nur einmal und zwar vor 6 Jahren geschäftlich verhandelt, als ich ihm persönlich einen Privatgrund zum Kaufe anbot. Ebenso bin ich niemals mit Herrn Stadtrat Knoll betrefe einer geschäftlichen privaten Angelegenheit oder betrefe eines Grundankaufes der Kommune Wien in Verbindung getreten oder gestanden. Schließlich erkläre ich, daß es unrichtig ist, daß ich alle Geschäftsangelegenheiten mit dem Sohne des Herrn Stadtrates Schneider bespreche, wie überhaupt alle von Herrn Gemeinderat Moisl mir zugeschriebenen Äußerungen völlig aus der Luft gegriffen sind. Ich bin auch jederzeit bereit diese Erklärung vor Gericht zu vertreten. Mit der Bitte, vorstehende Erklärung in einer der verehrlichen Redaktionen geeigneten Weise veröffentlichen zu wollen, zeichne ich mit dem besten Danke hochachtungsvoll Anton Jurkovič, konzessionierter Realitätenvermittler Wien 21. Bez. Schloßhoferstr. 34.“

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Schmid im Status des Steueramtes ernannt: Zu Kontrolloren: Josef Schmauer, Richard Schweida, Karl Kauders, Hermann Heiter, Ernst Oberle, Karl Chludak, Karl Engelbrecht, Ludwig Wetzinger, Ludwig Sylek, Anton Edwain, Hermann Schulz, Josef Weis, Karl Nekhan, Rudolf Piotrowski Ritter von Trajan.

Jugendvereine. Wir erhalten aus der Kanzlei des Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Berthold Kraus als Vertreter des Herrn Jurkovič folgende Zuschrift: „Wien, am 21. Juni 1915. Geehrte Redaktion! In der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 20. d.M. hat Herr Gemeinderat Moisl in der Debatte über die Grundankäufe der Kommune in Kagrana laut der von den Rättern gebrachten Sitzungsberichte mich und Herrn Stadtrat Hans Schneider mit dieser Grunderwerbungen der Kommune in einer Art in Verbindung gebracht, die geeignet erscheint, mich schwer zu schädigen. Ich besche mich daher, in Richtigstellung des Vorbringens des Herrn Gemeinderates Moisl zu erklären: Die Mitteilungen des Herrn Gemeinderates Moisl sind zur Gänze unrichtig. Ich habe niemals wegen Ankaufes der gegenständlichen Kagranaer Gründe weder mit Herrn Stadtrat Schneider noch auch mit seinem Sohne verhandelt. Ich stehe der Erwerbung der Kagranaer Realitäten durch die Kommune vollkommen fern. Ich habe niemals an diesen Geschäfte eine Provision bezogen und somit auch niemals an wie immer Namen habende Hintermänner abgegeben. Ich habe bis zum heutigen Tage auch sonst keinen wie immer gearteten Grundankauf der Kommune vermittelt noch ihr auch jemals Offerte gestellt. Mit Herrn Stadtrat Schneider habe ich nur einmal und zwar vor 6 Jahren geschäftlich verhandelt, als ich ihm persönlich einen Privatgrund zum Kaufe anbot. Ebenso bin ich niemals mit Herrn Stadtrat Knoll betrefe einer geschäftlichen privaten Angelegenheit oder betrefe eines Grundankaufes der Kommune Wien in Verbindung getreten oder gestanden. Schließlich erkläre ich, daß es unrichtig ist, daß ich alle Geschäftsangelegenheiten mit dem Sohne des Herrn Stadtrates Schneider bespreche, wie überhaupt alle von Herrn Gemeinderat Moisl mir zugeschriebenen Äußerungen völlig aus der Luft gegriffen sind. Ich bin auch jederzeit bereit diese Erklärung vor Gericht zu vertreten. Mit der Bitte, vorstehende Erklärung in einer der verehrlichen Redaktionen geeigneten Weise veröffentlichen zu wollen, zeichne ich mit dem besten Danke hochachtungsvoll Anton Jurkovič, konzessionierter Realitätenvermittler Wien 21. Bez. Schloßhoferstr. 34.“

Taubstummen-Unterricht. Jense in Wien wohnenden taubstummen Kinder, die in keinem der bestehenden Internate Aufnahme finden oder auf deren Unterbringung in ein Internat nicht reflektiert wird, erhalten in der städtischen Taubstummen-Schule 15. Bezirk Zinkgasse (beim Westbahnhofe) Unterricht. Nähere Auskunft wird in der Schule an Wochentagen von 8 bis 11 Uhr erteilt. Zur ~~xxxxxxxx~~ rechtzeitigen Besorgung von Schülerfreikarten wird die baldige Anmeldung angeraten.

Jugendclubverein, Ortsgruppe Hietzing. Sonntag, den 22. d.M. findet unter Leitung des Bürgereschullehrers Rudolf Heilingner auf dem Sportplatz „Waf“ in Hütteldorf gegenüber dem Bahnhofe ein großes Jugendspielfest, verbunden mit volkstümlichen Schüler-Wett-Turnen statt. Beginn desselben halb 4 Uhr. Musikkapelle Eduard Pfleger, Eintrittspreise 2 K., 1 K., Stehplatz 50 h., für Kinder 30 h.

Kopaljäger-Denkmal. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des StR. Hörmann, dem Kopaljäger-Denkmalkomitee mitzuteilen, daß die Gemeinde grundsätzlich geneigt sei, für die Aufstellung eines Denkmals zu Ehren der „Kopaljäger“ einen Grund in der Marxergasse zwischen dem Kriegeministerium und den Gebäuden der Kunstgewerbeschule unter gewissen Voraussetzungen zu überlassen.

Neue Straßenbenennung. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Payer die derzeit unbenannte Gasse zwischen Nr 64 und 66 der Linzerstraße und den künftigen Nr 151 und 153 der Goldschlagstraße nach dem am 5. August 1821 geborenen, im 61. Lebensjahre verstorbenen Penzinger Hausbesitzer Georg Lennis, welcher durch viele Jahre in dem Gemeinderate der bestandenem Gemeinde Penzing sehr verdienstlich wirkte mit „Lennisgasse“ benannt.